



## Armuts- und Reichtumsbericht 2024: Soziale Lage unter wirtschaftlichem Druck

Dirk Stein

**Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeichnet ein Bild einer Gesellschaft im Übergang. Die Jahre 2019 bis 2024 waren geprägt durch externe Schocks – COVID-19, der russische Angriffskrieg, stark steigende Energiepreise –, aber auch durch strukturelle Verschiebungen: Alterung, Erwerbsrückgang, Inflation, Investitionszurückhaltung. Der Bericht liefert keine politischen Zielvorgaben, sondern beschreibt ökonomische und soziale Dynamiken anhand verfügbarer Daten.**

### Leistungen werden oft nicht genutzt – obwohl ein Anspruch besteht

Ein zentrales Ergebnis des Berichts ist der Befund zur sogenannten Nichtinanspruchnahme. Gemeint ist: Viele Menschen, die formal Anspruch auf staatliche Leistungen wie Bürgergeld oder Grundsicherung hätten, stellen keinen Antrag. Die Gründe sind vielfältig: komplizierte Verfahren, mangelnde Information, abschreckende Bürokratieerfahrung oder die Sorge vor sozialer Stigmatisierung.

Diese Inanspruchnahmelücke ist nicht marginal. Je nach Leistung liegt sie bei bis zu 60#%. Damit verfehlt der Sozialstaat in einem wesentlichen Punkt seine Funktion: die verlässliche Absicherung von Bedürftigkeit. Die politische Bereitschaft, Mittel bereitzustellen, steht einer strukturellen Ineffizienz in der Verteilung gegenüber.

Der Bericht benennt konkrete Handlungsoptionen: schlankere Verwaltungsprozesse, digitale Antragswege, dezentrale Information. Aus ökonomischer Sicht ist der Befund bedeutsam: Wenn Transferpolitik an ihren Zielgruppen vorbeiläuft, verlieren die eingesetzten Mittel an Wirkung. Das untergräbt nicht nur Verteilungsziele, sondern auch das Vertrauen in staatliche Steuerungskapazität.

### Vermögensungleichheit bleibt stabil – Mobilität gering

Die Einkommensverteilung hat sich im Betrachtungszeitraum wenig verändert. Deutlich sichtbarer sind die Unterschiede bei den Vermögen. Die Konzentration bleibt hoch, die Mobilität gering. Vermögensaufbau gelingt meist dort, wo bereits Kapital vorhanden ist – etwa durch Erbschaften oder Wohneigentum.

Der Zugang zu Immobilien ist dabei zentral. Wer Eigentum besitzt, profitiert mehrfach: durch Wertzuwachs, durch geringere Wohnkosten und durch gesicherte Rücklagenbildung. Wer keinen Zugang zu Kapital hat, bleibt dauerhaft im Mietersegment und damit außerhalb der langfristigen Vermögensbildung.

Der Bericht zeigt: Die Vermögensstruktur stabilisiert sich über Generationen hinweg. Soziale Aufstiegschancen über Kapitalbildung bleiben beschränkt. Damit verlieren marktbasierende Mechanismen der Selbstsicherung an Durchlässigkeit.

## Klimapolitik trifft Haushalte unterschiedlich – auch finanziell

Ein neuer Aspekt des Berichts ist die Analyse der sozialen Effekte der Klimapolitik. Maßnahmen wie CO<sub>2</sub>-Bepreisung oder Gebäudesanierung betreffen Haushalte finanziell – aber nicht gleichmäßig. Geringverdienende Haushalte sind überproportional belastet, da Energiekosten einen größeren Teil ihres Budgets ausmachen.

Gleichzeitig haben sie oft nicht die Mittel, um von Förderungen zu profitieren – etwa bei der Heizungserneuerung oder Dämmung. Der Bericht fordert daher eine präzisere soziale Flankierung klimapolitischer Maßnahmen. Genannt werden zielgerichtete Ausgleichszahlungen, ein Klimasozialfonds und sozial differenzierte Förderkriterien.

Das Argument ist eindeutig: Klimaschutzpolitik benötigt Akzeptanz. Diese entsteht nicht allein durch Kommunikation, sondern durch faire Kostenverteilung.

## Ökonomische Erwartungen und subjektive Einschätzungen

Der Bericht berücksichtigt auch, wie Menschen ihre wirtschaftliche Lage einschätzen. In unteren Einkommensgruppen ist das Vertrauen in Verbesserung gering. Viele sehen ihre Chancen auf sozialen Aufstieg als begrenzt. Auch das Vertrauen in Institutionen – Verwaltung, Politik, Wirtschaft – ist dort schwächer ausgeprägt.

Diese subjektive Unsicherheit wirkt zurück auf Verhalten: auf Konsumentscheidungen, auf Vorsorge, auf Investitionsbereitschaft im Kleinen. Ökonomisch betrachtet kann das zu einer Bremswirkung führen – nicht nur auf individueller, sondern auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene.

## Ein struktureller Befund – keine Momentaufnahme

Der Bericht beschreibt keine Ausnahmesituation, sondern einen strukturellen Zustand: ein Sozialstaat, der formal intakt ist, aber in der Praxis nicht alle erreicht. Eine Wirtschaft, die wächst – aber nicht durchgängig. Eine Gesellschaft, in der Vermögen konzentriert und Mobilität begrenzt ist. Und eine Klimapolitik, deren Kosten zu asymmetrisch wirken.

Am deutlichsten sichtbar wird dies an der Nichtinanspruchnahme: Leistungen bestehen – aber sie kommen nicht an. Diese stille Ineffizienz ist kein Verwaltungsdetail, sondern ein Kernproblem sozialstaatlicher Wirksamkeit. Sie unterläuft Ziele der Gerechtigkeit ebenso wie die der Effizienz.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947230/armutsbericht-2024-nichtinanspruchnahme-vermoegen-klimapolitik/>